

## **Gegen den marktkonformen Weg zur Postdemokratie – für eine Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft**

### **Neoliberale Rollback und „marktkonforme Demokratie“**

Der „soziale Fortschrittsbruch im jüngeren Kapitalismus“ seit Mitte der 1970er Jahre, (Zinn 2004, 24) wurde und wird gemacht: von Eliten in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Am Beginn der neoliberalen Konterrevolution (Milton Friedman) stehen u.a. das Ende von Bretton Woods – und damit der Beginn des Öffnens der (Spekulations-)Räume für die im neoliberalen Geist stetig forcierte Globalisierung – und der 11. September 1973, also der CIA-gestützte Putsch gegen die demokratisch gewählte Regierung Allende in Chile. Zusammen mit der Zerstörung der Demokratie und der Errichtung der Militärdiktatur folgte ein erster Testlauf der Umgestaltung der Ökonomie nach den Vorstellungen der Chicago Boys (Müller-Plantenberg 2003).

Die französischen Sozialisten haben dann in der ersten Hälfte der 1980er Jahre als erste die Erfahrung machen müssen, dass angesichts sinkender Wachstumsraten in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten des Westens sowie einer dynamisch fortschreitenden internationalen Verflechtung der Ökonomie die Spielräume für eine keynesianisch orientierte Wirtschaftspolitik im nationalen Rahmen verloren gegangen waren.<sup>1</sup> Die linkssozialdemokratische Alternative wäre nun wohl die eines „neuen Reformismus“ gewesen, wie sie etwa Peter von Oertzen (1984) ins Auge gefasst hat. Er hatte schon damals folgendes Szenario vor Augen:

- (1) ein weiteres, letztlich problemverschärfendes Durchwursteln,
- (2) eine Aufkündigung des wohlfahrtsstaatlichen Konsenses durch eine kapitalistische Reinigungskrise mit fraglichen ökonomischen und bedrohlichen politischen Aussichten,
- (3) eine korporatistische Lösung, die den wohlfahrtsstaatlichen Kompromiss im Kern aufrechterhalte, aber den Kreis der von ihm Begünstigten beschränke oder
- (4) eine Fortentwicklung des Wohlfahrtsstaates hin zum demokratischen Sozialismus, gekennzeichnet durch öffentliche demokratische Kontrolle und teilweise Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft, verstärkte demokratische Partizipation der Unterklassen usw. (a. a. O. 61f).

---

<sup>1</sup> Es geht dabei freilich immer nur um den „halben Keynes“ antizyklischer Konjunkturpolitiken, nicht um den ganzen Keynes mit seinen bemerkenswert hellstichtigen Langfristeinschätzungen (vgl. Zinn 2007). Für Deutschland vgl. zum Ende der Phase sozialdemokratischer Reformpolitik (Abelshauser 2009, 524f, Martens 2014a, 29ff).

Dieses helllichtige Szenario ist nicht weit von dem entfernt, das Manuel Castel (2000) gut fünfzehn Jahre später<sup>2</sup> vorgelegt hat. Nicht nur die deutsche Sozialdemokratie hat sich seither von einem „neuen Reformismus“ entfernt. Sie scheint einem neoliberalen Zeitgeist erlegen, der mit der Implosion des Realsozialismus zusätzliche Schubkraft erhalten hat. Inzwischen bewegen wir uns, nicht nur in Südeuropa, in zügigem Tempo auf die „Aufkündigung des wohlfahrtsstaatlichen Konsenses“ zu. Zu den ökonomischen, ökologischen und politischen Krisenentwicklungen (Martens 2014) kommen im Zeichen des „Sinkflugs des Adlers“ (Wallerstein 2004) geopolitisch bedingte militärische Bedrohungen hinzu.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen richteten sich im Ausgang des letzten Jahrhunderts – zunächst im Zeichen des New Economy Hype und mit rasch verblasende Hoffnungen auf die rot-grüne Bundesregierung – auf dem Feld der Arbeitspolitik manche Erwartungen auf neue beschäftigungspolitische Initiativen. Die ausbleibenden beschäftigungspolitischen Impulse – auf das „Bündnis für Arbeit“ folgte die „Agenda 2010“ – und die Kritik an den ungedeckten Verheißungen der „neuen Arbeit“<sup>3</sup> - standen damals am Beginn der bescheidenen Bemühungen des von einigen Wissenschaftlern und Gewerkschaftern gegründeten „Forums Neue Politik der Arbeit“. Es wollte eine Dialogplattform für Gewerkschafter, gewerkschaftsnahe Wissenschaftler und Aktivisten aus neuen sozialen Bewegungen sein. Von den „Spandauer Fragen“ (Scholz u.a. 2004) zu den „Spandauer Thesen“ (Scholz u.a. 2006) suchten wir nach Ansatzpunkten für eine neue Politik der Arbeit. Gegen den Mainstream der arbeitssoziologischen Forschung interpretierten wir die Subjektivierung von Arbeit nicht als eine stetig fortschreitende Selbstunterwerfung der lebendigen Arbeit unter veränderte Verwertungsbedingungen des Kapitals. Vielmehr betonten wir gegen diese eindimensionale Sicht auf eine neue Stufe reeller Subsumtion die tatsächlich entstehenden neuen Potentiale der lebendigen Arbeit. Die Resonanz auf unsere Debatten blieb begrenzt. Manche damals als realistisch erachtete Ziele haben wir nicht erreicht. Aber wir haben unsere Arbeit stetig fortgesetzt und breit dokumentiert.<sup>4</sup> Schwerpunkte lagen nach der Kritik des Neoliberalismus auf Fragen der Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft sowie auf der Europa-Krise.

---

<sup>2</sup> In der deutschen Übersetzung seines im französischen Original fünf Jahre früher erschienen Buches sind seine Szenarien, durch die seitherige Entwicklungen auf das nachdrücklichste bestätigt,

<sup>3</sup> Der neoliberale Zeitgeist verhiess den Bürgern als Unternehmern ihrer eigenen Arbeitskraft im Zeichen eines individualistischen, besitzbürgerlich gedachten Freiheitsbegriffs „Freiheit durch Stärkung der ‚Eigenverantwortung‘ und Abbau ‚staatlicher Gängelung‘. Dagegen haben wir Freiheit als die „Möglichkeit einer wirksamen gesellschaftlichen Partizipation (...) und gesellschaftlichen Mitgestaltung“ Aller und eine „erneute Aneignung des Freiheitsbegriffs im umfassenden Sinne“ gesetzt (Scholz u.a. 2006, 297f).

<sup>4</sup> So ist es uns z.B. nicht gelungen eine stetig wachsende Zahl gewerkschaftlicher Funktionäre auf der mittleren Funktionärebene in unsere Debatten einzubeziehen. Die anfängliche Beteiligung von Aktivisten aus neuen sozialen Bewegungen war rasch rückläufig und selbst manche zunächst noch verfügbare Ressourcen aus dem Bereich der Forschung gingen uns im Zuge von deren fortschreitender Akademisierung verloren. Zur Dokumentation unserer Debatten siehe die Homepage des Forums ([www.fnpa.de](http://www.fnpa.de)).

An der arbeitspolitischen Defensive der Gewerkschaften haben unsere Debatten so wenig etwas ändern können, wie die Anstrengungen Anderer. Das „Weiter-So“ des herrschenden Politikbetriebs scheint unaufhaltsam. Es zielt, unbeeindruckt von allen empirischen Erfahrungen den neoliberalen Glaubenssätzen folgend, auf eine immer weitere Vermarktlichung der Ökonomie. Die Globalisierung der Ökonomie mit dem Ziel der Durchsetzung von immer mehr Marktfreiheit wird politisch flankiert und gestaltet. Die EU funktioniert so seit langem als Globalisierungsverstärker. Folgerichtig leidet sie zunehmend unter einer europaspezifischen Ausprägung der multiplen Krisenentwicklungen. Im Zuge der forcierten Durchsetzung einer Politik, die sich gegenüber demokratischen Einflussnahmen verselbständigt, Bürger und Bürgerinnen entmündigt und wirtschaftspolitische Alternativen systematisch leugnet. (Enzensberger 2011), sehen wir uns in Europa, so Habermas (2014); konfrontiert mit: (1) aus der Balance geratenen Machtverhältnissen in der Union, (2) einer Gefährdung der politischen Kultur in vielen Mitgliedsländern, (3) einem „Abbröseln der sozialstaatlichen Errungenschaften“ sowie (4) einer verfehlten weltpolitischen Rolle Europas. (a. a. O. 526). Mit der Einschränkung, dass die Rede vom „Abbröseln“ im Blick auf die südeuropäischen Entwicklungen verharmlosend ist, kann man dieser Einschätzung folgen.

### **Neoliberale Ideologie oder Täuschungen, Selbsttäuschungen. Lügen und Wirklichkeitsverluste des „Weiter-So“?**

Als 1947 die Mont Pèlerin Society als internationale Akademie und Weltanschauungsgemeinschaft gegründet wurde, war der deutsche Ordoliberalismus Teil dieses neoliberalen Projekts.<sup>5</sup> Das gemeinsame Programm war, die soziale Marktwirtschaft zu vollenden, „bis sie als Ordnungsbild in allen Köpfen lebt und als selbstverständlich empfunden wird“.<sup>6</sup> Es war sehr erfolgreich – und, angesichts wachsender Verwertungsprobleme, zunehmend weniger sozial. Dass sich mit seinem Markt radikalismus ein ausgesprochen elitäres Politikverständnis durchsetzt – Für Hajek (1975) gelten im politischen Prozess der parlamentarischen Demokratie vereinbarte, gesamtgesellschaftliche Vorhaben per se als anmaßender Konstruktivismus (vgl. Ptak 2006, a. a. O. 219) – wird noch zu wenig wahrgenommen.

Volkswirtschaften werden von den herrschenden Eliten aus der Froschperspektive einzelwirtschaftlicher Rationalität heraus unter dem Blickwinkel der Steigerung ihrer

---

<sup>5</sup> Ralf Ptak (2006) zeigt, dass der Ordoliberalismus als eine „vorwiegend aus den deutschen Bedingungen hervorgegangene Strömung“ der 1920er Jahre von einer Gruppe „früher deutscher Neoliberaler“ getragen wird (Eucken, Röpke, Rüstow, Müller-Armack), die nach 1945 – im Unterschied zu ihren „mehr am methodologischen Individualismus orientierten Mitstreitern im angelsächsischen Raum“ – die „Notwendigkeit einer sozialen Formierung zur Umrandung der Marktgesellschaft“ betonte (a. a. O. 271f). Für ihre Mitglieder ist zu Zeiten der Weimarer Republik eine konservativ-elitäre Ablehnung der ersten deutschen Demokratie, charakteristisch. Rüstow spricht z.B. 1929 von einem authentischen Bedürfnis der „Masse anständig geführt zu werden“ (a. a. O: 215).

<sup>6</sup> So Otto Lautenbach, der Gründer der „Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft“ aus den 1950er Jahren (siehe Martens 2006, 235).

Wettbewerbsfähigkeit auf globalisierten Märkten betrachtet. Die einzelnen Staaten werden – auch innerhalb größerer Wirtschaftsräume wie der EU – gegeneinander und gegenüber ihrer „Umwelt“ in Stellung gebracht. Angela Merkel (2013) beschwört in ihrer Rede auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum – also dort, wo sich die Eliten treffen und Klartext sprechen - im Januar 2013 eine „solide Haushaltsführung“, ein Wachstum „der europäischen Staaten“ (!) und eine Stärkung ihrer „Wettbewerbsfähigkeit nicht irgendwo im Mittelmaß“ im Blick auf einen besseren „Zugang zu globalen Märkten“. Deutschland habe da Vorbildfunktion. Schon vorher hat sie die Formel von der „marktkonformen Demokratie“ gefunden. Danach komme es darauf an, so die Davoser Rede, dass „wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung (sic!) so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist“.

Der konservative Demokrat Frank Schirrmacher (2013,172) hat dazu so pointiert wie zutreffend<sup>7</sup> gesagt, dass „fast alle politischen und gesellschaftlichen Eliten die Theorie, dass der Markt es besser weiß als man selbst, mit einem Naturgesetz verwechseln“, und dann hinzugefügt:

„Nur wegen dieser Umetikettierung war es möglich, dass die ‚Kernschmelze‘ der Finanzmärkte nicht etwa Zweifel am Allwissenden auslöste, sondern die politische Vision einer dem Markt gehorchenden Demokratie in die Welt setzte, die wie Phönix aus der toxischen Asche steigen sollte.“

Aber bei dieser „Zurichtung“ der Demokratie sind auch Eliten am Werk, die sich selbst im Verhältnis zum Demos ähnlich sehen dürften, wie die von ihnen anerkannten Vordenker der neoliberalen Glaubenslehre. Die neoliberalen Wurzeln des deutschen Ordoliberalismus, die die Weimarer Demokratie, so Rüstow 1932, als „staatspolitisch noch unerträglicher als Wirtschaftspolitisch“ ansahen (vgl. Ptak 2006, 214), wirken in dem heutigen Elitendenken noch immer fort. Die „Auflösung von Politik in Marktkonformität“ (Habermas 2015) entspricht dessen innerer Logik. Und gegen eine Kritik der Tatsachen, also der verheerenden Folgen der strikten Befolgung der neoliberalen Glaubenssätze immunisiert der immer gleiche gedankliche Zirkelschluss: die schlimme Wirklichkeit zwingt zu immer mehr von der falschen Rezeptur, denn sie erklärt sich ja, so die feste Überzeugung, allein daraus dass das reine Wirken der Marktmechanismen noch nicht hergestellt ist. Heraus kommt, wie jetzt im Falle Griechenlands, eine „toxische Mischung von Antibiotika und Rattengift“ (Amartya Sen zitiert nach Habermas 2015).

Die Selbstblockaden des herrschenden Politikbetriebs resultieren also aus einem Gemisch von Elitendenken und Glaubensfestigkeit. Was von einem Krisengipfel zum nächsten noch so eben gelingt, ist das Kaufen von Zeit (Streeck 2013). Und der bornierte neoliberaler Ökonomismus produziert verheerende soziale Folgen und verhindert zugleich jeden konstruktiven *politischen* Zugriff auf die tatsächlich ja multiplen (ökonomischen, ökologischen, politischen und zunehmend kriegerische Konflikte in Kauf nehmenden) Krisenentwicklungen. Jürgen Habermas (2015) sagt dazu prä-

---

<sup>7</sup> Allerdings ist wohl eine Einschränkung angebracht: Es handelt sich eher um schlichte „weltanschauliche“ Glaubenssätze, sicher nicht um eine ausgearbeitete Theorie.

nant, dass die Politiker in Berlin und Brüssel zwar noch „wie Politiker aus(sehen), (...) sich aber nur in ihrer ökonomischen Rolle als Gläubiger sprechen“ lassen. Dies sei eine „Verwandlung in Zombies“. Und das habe den Sinn, „der verschleppten Insolvenz eines Staates den Anschein eines unpolitischen, vor Gerichten einklagbaren Vorgangs zu geben“.

Im linken Diskurs spricht man in dieser Lage – einigermaßen hilflos – von der immer noch ungebrochenen Hegemonie neoliberaler Ideologie, oder - im Blick auf die Zuspitzungen der Europa-Krise – vom „Triumph gescheiterter Ideen“ (Lehndorff 2012). Das ist Konsens. Aber der Bezug auf den bedeutenden Marxisten Gramsci hilft auch nicht wirklich weiter. Vielmehr ist der Ideologiebegriff bei Marx, so Rancière (2002), „zu einem Schlüsselwort (geworden ...), das die ganze Modernität angenommen hat, um es selbst gegen ihn zu wenden.“ Es gehe für Marx in der Kritik der „bürgerlichen Gesellschaft“ um „das Wahre als das Wahre des Falschen“. Und so erscheine es „als universelles Schmarotzertum“ (a. a. O. 97). Dagegen fordert Rancière in seinem politischen Traktat:

„Es geht nicht darum, den Unterschied dieser existierenden (politischen H. M.) Gleichheit von allem, was sie dementiert, anzuklagen. Dem Erscheinen ist nicht zu widersprechen, sondern im Gegenteil zuzustimmen. Da, wo der Anteil der Anteillosen eingeschrieben ist, so zerbrechlich und flüchtig diese Einschreibungen auch seien, ist eine Erscheinungssphäre des *Demos* geschaffen, existiert ein Element des *Kratos*, der Macht des Volks. Es geht also darum, die Sphäre dieses Erscheinens auszubreiten, diese Macht zu erweitern“ (S. 99).

Viel spricht für diese Kritik des Althusser-Schülers Rancière - vor allem deshalb, weil die Gegenüberstellung von Ideologie als „notwendig falschem Bewusstsein“ und Wissenschaftlicher Wahrheit, wie sie in der Marxschen Tradition gefasst wird – exemplarisch zugespitzt bei Althusser (2010) -, untrennbar mit der Wissenschaftsgläubigkeit des 19. Jahrhunderts verknüpft ist. Denn die wurde auch für die marxistische Denktradition prägen. „Von der Utopie zur Wissenschaft“ sah bekanntlich Engels den Sozialismus sich entwickeln. Es stellt sich dann aber die Frage, welches Konzept man in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung, in der es gegen eine sich ausbreitende Elitenherrschaft um das „Ausbreiten des Erscheinens... der Macht des Volkes“ geht, an seine Stelle setzt.

Hannah Arendts Untersuchung über „die Lüge in der Politik“, seinerzeit am Beispiel der Pentagonpapiere durchgeführt, (Arendt 1971), ist hier noch immer weiterführend. Arendt beginnt mit einigen ihrer bekannten grundlegenden Überlegungen zum Politischen: Durch politisches Handeln verändern wir die Welt aufgrund unserer geistigen Freiheit, das Wirkliche zu akzeptieren oder zu verwerfen. Dabei sind die Tatsachenwahrheiten über unsere soziale Wirklichkeit niemals über jeden Zweifel erhaben. Täuschung ist zu gewissem Grade leicht und verlockend, weil was der Lügner behauptet, ja wahr sein könnte und vielleicht eher zum Ausdruck bringt, was das Publikum zu hören wünscht. Geheimhaltung und Täuschung kennen wir daher seit den Anfängen der politischen Geschichte. In unserer Gegenwart sind allerdings, so

Arendt, in Gestalt der Public-Relations-Manager der Regierung sowie ihrer professionellen „Problem-Löser“ in den ‚Denkfabriken‘ zwei neue Formen der Kunst des Lügens entstanden. Die einen betreiben Imagepflege, die anderen versuchen Handlungsprobleme durch ungeeignete ‚wissenschaftliche‘ pseudomathematische Modelle zu lösen. Es geht den neuen „Problemlösern“, so Arendt in ihrer Analyse des Vietnamkrieges, - durchaus in Kenntnis der wahrscheinlichen Undurchführbarkeit der von ihnen empfohlenen Entscheidungen -, um den „Sieg in der Reklameschlacht um die Weltmeinung“ (a.a.O. 9). Die reale Niederlage fürchtet man weniger als ihr Eingeständnis. (a.a.O. 13 ) Und der Eifer, mit dem diese Problem-Löser arbeiten, ist bemerkenswert.<sup>8</sup>

Die gleichen Mechanismen wirken heute bei der stetigen Fortschreibung neoliberaler Glaubenssätze. Die rein intellektuellen Arroganz von professionellen „Problem-Lösern“, ihr völlig irrationales Vertrauen in die Berechenbarkeit der Wirklichkeit, hier nach den Modellen der herrschenden ökonomischen Lehre, ausgehend von der, nun mit allgemeinem Geltungsanspruch gesetzten, Abstraktion des homo oeconomicus, finden wir allenthalben: in der Wirtschaft, in den Computerprogrammen, die unser Alltagshandeln beeinflussen (Schirrmacher 2013), im Wirtschaftsteil der Leitmedien und in Universitäten und Instituten/Denkfabriken. Wieder erleben wir die problematische Mischung von Wissenschaftlern und politisch Handelnden, von denen Arendt spricht.<sup>9</sup> Sie (a. a. O. 16) geht in ihrer Analyse von einer Verkettung von „Täuschung, Selbsttäuschung, Image-Pflege, Ideologisierung und ‚Entwirklichung‘“ von Politik aus. Bei dem neoliberalen Rollback ist das nicht anders. Es geht es um handfeste ökonomische Interessen, die hier durchzusetzen und zugleich durch eine sich stetig stabilisierende und verstärkende Verkettung von Täuschung. Selbsttäuschung, Image-Pflege zu verhüllen versucht werden.

Ideologie also als Ergebnis von Prozessen der „Ideologisierung und ‚Entwirklichung‘“, nicht als „notwendig falsches Bewusstsein“, das qua „anstößiger“ Wissenschaft

---

<sup>8</sup> Arendt (1971, 13) argumentiert, dass Washington mit seinen Bürokratien „den Problem-Lösern eine gleichsam natürliche Heimat (geboten habe), in der sie mit der Wirklichkeit nie in Konflikt zu geraten brauchen“, vielmehr „in einer *scheinbar* wirklichen Welt“ lebten, und sie führt an anderer Stelle aus: „Leute, die Freude am Handeln haben und außerdem in Theorien verliebt sind, werden schwerlich die Geduld des Naturwissenschaftlers aufbringen, der abwartet, bis seine Theorien oder Hypothesen von den Tatsachen bestätigt oder widerlegt werden. Sie werden vielmehr versucht sein, die Wirklichkeit – die schließlich ja von Menschen gemacht ist und also auch anders hätte ausfallen können – ihrer Theorie anzupassen, um auf diese Weise wenigstens theoretisch das beunruhigende Moment der Zufälligkeit auszuschließen“ (Arendt 1971, 7, Hervorhebung im Original).

<sup>9</sup> Dagegen ist es mit Joseph Vogl (2010) ein Literaturwissenschaftler und Philosoph, der nach Ausbruch der neuen Weltwirtschaftskrise am Überzeugendsten in der Kritik des tatsächlich umgehenden „Gespenst des Kapitals“ und der neoliberalen Glaubenssätze, die daraus einen alternativlosen hilfreichen Geist zu machen suchen, die ernst zu nehmende Hypothese vom „Ende der Oikodizee“ formuliert hat. Und der ist sich völlig darüber im Klaren, dass er nach dem Verkaufserfolg seines Buches und manchen Berichten im Feuilleton zwar vermehrt zu einschlägigen Tagungen der wirtschaftlich Mächtigen eingeladen wird, dies aber im wesentlichen, um dort die Rolle des Hofnarren zu spielen (Busse, 2011).

(Bourdieu) aufzubrechen wäre.<sup>10</sup> Es geht um die willfährige Legitimation oder die kritische Infragestellung von Herrschaft und um den Mangel an demokratischer Transparenz. So verzerrte Wahrnehmungen sind nicht aufzubrechen von einer „objektiven“ wissenschaftlichen Wahrheit her. Zu verhindern sind sie nur in einem stetigen Prozess gesellschaftlicher „Wahrheitspolitik“ (Wolf 2002). Darin hat die Wissenschaft, eben Anderen, gewiss ihre gesellschaftliche Funktion. Aber die Regeln für Alles, was gesellschaftlich als wahr gelten soll, kann immer wieder strittig gemacht werden. Die geht hier um politische Entscheidungen.

Es geht also um den politischen Prozess, in dem die neoliberale Konterrevolution (Milton Friedman) durchgesetzt worden ist. Es kommt darauf an, die darin in eins vollzogene Festigung von Elitenherrschaft und Entmündigung der BürgerInnen sichtbar zu machen. Es geht um die Mechanismen der Herstellung „herrschender Meinung“.<sup>11</sup> Paul Krugman (2012,110) zielt exakt auf diesen Punkt, wenn er den von ihm auf Seiten der politischen Rechten in den USA nachgezeichneten „Hass“ gegen die „moderat konservative Botschaft von Keynes“ wie folgt erklärt: „Keynes forderte zwar nur mäßige und gezielte staatliche Eingriffe, doch den Konservativen war schon das zu viel: Wenn man dem Staat erst einmal zugesteht, dass er bei der Bekämpfung von Krisen eine sinnvolle Rolle spielen kann, dann lebt man, ehe man es sich versieht, im Sozialismus.“ Mit anderen Worten: Instinktsicher und mit allen Mitteln sucht man, jeglichen denkbaren Anfängen eines „neuen Reformismus“ (v. Oertzen) entgegenzutreten – und man hat in der Tat im Zuge des überaus erfolgreichen neoliberalen Rollbacks die Führung der heutigen Sozialdemokratie früher schon einmal klarerer Orientierungen beraubt.

### **Nicht nur Arbeit, auch Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft neu denken**

Die Durchsetzung radikaler Marktgläubigkeit – zunächst verknüpft mit großartigen neuen Freiheitsversprechen, inzwischen mit dem Verweis auf den „stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse“, so wie sie sich durch die neoliberale Brille betrachtet darstellen - ist die eine Seite des erfolgreichen neoliberalen Rollbacks. Seine Kehrseite ist die Zerstörung „sozialer Bürgerschaft“ (Balibar 2008) und die immer bedrohlichere Zuspitzung multipler Krisenentwicklungen. Verborgen hinter beidem gibt es ein Drittes: gemessen am Wachstum des Bruttonettoprodukts verzeichnen wir in Deutschland seit der Mitte der 1970er Jahre - als die Hochphase sozialdemokratischer Reformpolitik angesichts der Krise des Fordismus im neoliberalen „Gegenfeuer“ ihrem Ende entgegenging – die Verdopplung der gesellschaftlichen

---

<sup>10</sup> Im Falle des Vietnamkrieges war das in „Verlängerung“ des Kalten Krieges ja auch der Fall. Es brauchte lange Zeit, bis die über Ideologisierung herbeigeführte ‚Entwirklichung‘ von Politik sich schließlich an der Wirklichkeit so klar erwies, dass Veränderungen durch Protestbewegungen politisch erzwungen werden konnten. Das so erzwungene neue selbstkritischen Nachdenken der Herrschenden und schließlich schlicht der Druck der wirklichen Verhältnisse, bewirkten dann Veränderung.

<sup>11</sup> Arendt (1974, 294) schreibt pointiert, „die Herrschaft der öffentlichen Meinung (...sei) in Wahrheit der Tod aller Meinungsbildungen und Meinungen“.

Reichtumsproduktion. Dieser gesellschaftliche Reichtum – über dessen zunehmende Ungleichverteilung und, mit den Indikatoren des BIP, kritikbedürftige Messung hier nichts gesagt werden soll – stellt sich bekanntlich nicht nur als „ungeheure Ansammlung von Waren“ dar. Er ist vielmehr zugleich in den „lebendigen Arbeitsvermögen verkörpert.

Die arbeits- und industriesoziologische Forschung - in der in Teilen ein fundiertes theoretisches Verständnis zu Arbeit, nicht aber von (Arbeits)Politik präsent ist - diskutiert diese Entwicklungen als „Subjektivierung“ und „Entgrenzung“ zunehmend digitalisierter Arbeit. Lange und ganz überwiegend betonte sie eine stetig fortschreitende Selbstunterwerfung der lebendigen Arbeit unter veränderte Verwertungsbedingungen des Kapitals. In den „Spandauer Thesen“ (Scholz u.a. 2006) haben wir dagegen auf die tatsächlich entstandenen und weiter entstehenden neuen Potentiale der lebendigen Arbeit oder des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters zum „Selbertun“ verwiesen. Dass solche Potentiale wirklich entstanden sind und dass die Menschen ihr so durch die soziale Entwicklung erweitertes Urteilsvermögen angesichts des Elends des herrschenden Politikbetriebs auch zur Geltung bringen wollen, ist in den neuen sozialen Protestbewegungen der Jahre 2010ff sehr deutlich sichtbar geworden (Roth 2012, PROKLA-Redaktion 2013). In Spanien und Griechenland kann man beobachten, wie daraus neue politische Strömungen und Parteien werden. Zwischen Elitenherrschaft und radikaler Demokratie stellen sich die alten Fragen neu (Martens 2015a und b). Gegen postdemokratische Tendenzen geht es darum, basisnahe Formen von Bürgerbeteiligung zu stärken. Vor Beginn des neoliberalen Rollbacks gab es solches „mehr Demokratie wagen“ schon einmal. In den neuen sozialen Bewegungen entsteht das gerade wieder neu – und radikalisiert.

Neu stellt sich auch die Frage nach Möglichkeiten einer Demokratisierung von Arbeit (Fricke/Wagner 2012) und Wirtschaft (Martens 2010, Martens/Scholz 2010, Martens 2015). Hannah Arendt, radikale Demokratin, hat das noch ausgeschlossen. Doch ihre These, Arbeit und Wirtschaft seien der Politik nur mittelbar zugänglich, ist im Zeichen „neuer Arbeit“ anzuzweifeln. Das gilt auch im Sinne der Arendtschen Begrifflichkeiten, weil Arbeit die Form des Herstellens angenommen hat und in öffentlichen Räumen stattfindet. Ihr Befund eines Sieges des „animal laborans“ (Arendt 1967,312ff) ist angesichts dert fortschreitenden Subjektivierung und Entgrenzung von Arbeit schwerlich zu halten. Nicht nur die sogenannten modernen Wissensarbeiter werden heute ja als unternehmerisch mitdenkende „Arbeitskraftunternehmer“ ihrer selbst konzipiert – und zwar zunächst von Seiten ihres Managements und dann erst von der, dies analysierenden Arbeitssoziologie. Und dies hat reale Grundlagen in der Entfaltung der lebendigen Arbeit selbst. Wer aber so mitdenken und sich aktiv einbringen soll, erfüllt auch alle Voraussetzungen dafür, wirkliche demokratische Beteiligungsrechte für sich einzuklagen. Ein erneuertes, offensives Konzept der Weiterentwicklung des demokratischen Projekts der Moderne könnte hier Anknüpfungspunkte finden.



Es ginge um eine neuerliche Stärkung sozialer Bürgerschaft durch neue Formen direkter demokratischer Beteiligung der Arbeitsbürger – beginnend bei der Gestaltung ihrer Arbeit und dann weiter in Wirtschaft und Gesellschaft. (Martens 2010 und 2014a 172-178). Eine neue grundlegende Debatte über die Weiterentwicklung des demokratischen Projekts der Moderne zwischen Elitenherrschaft und radikaler Demokratie ist überfällig, denn das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie wird wieder einmal prekär. In einer solchen Debatte ginge es um unterschiedliche Demokratie- bzw. Politikverständnisse<sup>12</sup>. Ins Zentrum der Debatte müsste – anschließend an Arendts kategorischen Imperativ „die Menschen zu handeln den Wesen zu machen“ - die Frage rücken, wie dem Demos und nicht nur seinen Repräsentanten Räume zum politischen Handeln, also zum „Selbertun“ geöffnet werden können. Das Leitbild des „mündigen Bürgers“ - das heute, anders als in den 1920er Jahren, selbst elitär denkende Neoliberale offiziell nicht infrage zu stellen wagen, einerlei, was sie über diesen Topos wirklich denken – verträgt sich nicht länger mit einer privatrechtlich verfassten Wirtschaft, in der noch immer fast spätabsolutistische Herrschaftsverhältnisse bestimmend sind, in Deutschland konstitutionell eingeschränkt durch die repräsentativen Strukturen von Betriebsverfassung und (noch schwächer) Unternehmensmitbestimmung (vgl. Negt/Kluge 1972).

### **Die „chronische Unterernährung unserer Phantasie“ überwinden**

Habermas (2014) nennt in einer aktuellen Debatte um die Europakrise, die im letzten Jahr im „Leviathan“ geführt wurde, als Grundlage für sein Konzept einer innerhalb der EU „aufgestuften“ Souveränität das Ziel der BürgerInnen der Mitgliedsstaaten, jeweilige „Verfassungsrevolutionäre Errungenschaften der Vergangenheit zu *konser-vieren*“ (Hervorhebung von mir). Im Akademischen Diskurs gehört er damit zu den wenigen, die jedenfalls mit großer Beharrlichkeit immer wieder die Wiederherstellung eines politischen Prozesses mit entsprechender politischer Öffentlichkeit innerhalb der EU fordern und Möglichkeiten seiner Entfaltung diskutieren. Aber seine Argumentation ist im Kern defensiv. Wie fast alle Beteiligten an dieser Debatte fragt er nach Möglichkeiten der (Wieder)Herstellung eines (gefährdeten) öffentlichen Raums diesseits der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft. Das „Selbertun“ des Demos hat er kaum

---

<sup>12</sup> Helmuth Plessner und Hannah Arendt können hier als Referenzpunkte der theoretischen Diskussion herangezogen werden. Während Arendt (1974, 355) sich dort, wo es um politische Eliten geht, wünscht, sie „könnte sich dieser Terminologie ganz entsagen“, denkt Plessner (1983/62), mit Max Weber, Politik als Beruf und sieht die Eliten vor dem Problem „existenzieller Entscheidungen“ (a. a. O. 276) in „ihrer tragischen Schwere“ (a. a. O. 279). Und solche Entscheidungen sind aus seiner Sicht angesichts der Komplexität moderner Gesellschaften für „den Durchschnittsbürger eine nicht mehr durchsichtige, geschweige denn beantwortbare Frage“ (ebd.). Allerdings sieht Plessner sehr klar, dass seine an die Durchlässigkeit der Elitenauswahl gebundene Vorstellung einer „radikalen Demokratie“ keineswegs davor schützt, dass „der parlamentarischen Demokratie in den funktionsteiligen Großgesellschaften der ständige Umschlag in den totalen Staat“ droht, der die „im System des offenen Pluralismus anonym gewordene Macht an die Kommandogewalt einer hierarchischen Befehlspyramide und damit an einen legitimen Kreis von Personen binden will“ (a. a. O. 280).

mehr im Blick.<sup>13</sup> Im „mehr Demokratie wagen“ der bundesdeutschen sozialliberalen Koalition der 1970er Jahre war es noch angelegt, und gerade auch in der Sphäre von Arbeit und Wirtschaft schreien die Verhältnisse heute geradezu danach. Doch angesichts einer aus ihrer aller Sicht systemisch gewordenen Globalisierung geht es für die Beteiligten der akademischen Europa-Debatte allein darum, ob und wie die parlamentarische repräsentative Demokratie auf nationalstaatlicher und/oder supranationaler Ebene neu gestärkt werden kann. Habermas entwickelt dazu die am konsequentesten durchdachte und von ihm selbst mit großer Beharrlichkeit verfolgte Position. Die ist allerdings dadurch gekennzeichnet, und meines Erachtens auch begrenzt, dass es bei ihr vorrangig um eine Revitalisierung politischer Institutionen und Öffentlichkeit geht und dass sie die Arbeitsbürger – in den jeweiligen nationalstaatlich verfassten Demokratien ebenso wie im Blick auf die supranationale Ebene – nur höchst eingeschränkt als Subjekte des politischen Prozesses begreift.

Die Logik des herrschenden Politikbetriebs läuft dem entgegen. Die negative Marktintegration forciert, ihrer ökonomischen Logik folgend, immer neue Abwärtsspiralen. Auf der FNPA-Jahrestagung 2015 hat Ricard Bellara i Kirchhoff dagegen argumentiert, „gegen den Weg auf der Leiter hinunter helfe nur Willen. Aber um den aufzubringen, müsse man eine Vorstellung davon haben, was man am oberen Ende der Leiter finden könne. Dazu aber müsse man – mit Oskar Negt formuliert – der chronischen Unterernährung unserer Phantasie“ entgegenwirken.“ Ich halte diese Argumentation für überzeugend. Doch eine Praxis, die ihr entspricht, wird seitens der europäischen Gewerkschaften nur gelingen können, wenn sie ihren Blick nicht nur immer wieder auf die Verteidigung bestehender Formen „sekundärer“, in der Vergangenheit institutionalisierter Politikansätze richten. Diese in ihrer je spezifischen nationalen Verschiedenheit wie in einem Puzzle zu einem Bild einem (arbeits)politisch erneuerten Europa zusammensetzen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Stattdessen gilt es die neuen Potentiale ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken, die das neoliberale Rollback selbst hervorgebracht hat und weiter hervorbringt. Mit Negt/Kluge (1981) im Anschluss an Marx formuliert, geht es darum, den „realitätsmächtigen aber verkehrten gesellschaftlichen Gesamtarbeiter“, der immer wieder neu hervorgebracht wird, heute unter den Bedingungen digitalisierter, entgrenzter, subjektivierter Arbeit ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken.

---

<sup>13</sup> Wie Arendt (1974) gezeigt hat, ist das für Thomas Jefferson, allerdings erst nach dem Ende seiner politischen Laufbahn, zu einer zentralen Frage geworden, die praktisch schon in den beiden großen Revolutionen am Beginn des demokratischen Projekts der Moderne eine zentrale Rolle spielte und im darauf folgenden „Jahrhundert der Revolutionen“ (Arendt) stetig in Gestalt der Räte wiedergekehrt ist, während man von einem „Rätegedanken“ im Grunde, so Arendt (1974,336), nur bei Jefferson sprechen könne. In den neueren Debatten um die Krise der Demokratie (Literaturübersicht bei Martens 2010,75-110, 2014, 72-98) spielen Fragen nach Beteiligung und Eigentätigkeit des Demos, fast immer mit Rückbezügen auf Arendt, eine erhebliche Rolle. Für Habermas scheinen diese Debatten nicht bedeutsam zu sein. Er hatte schon 1971 konstatiert (Habermas 1971, 242ff), dass Arendts Werk für eine Analyse der Entstehung politischen Handelns hoch anregend sei, für Fragen der strategischen Politikformulierung und verbindlichen Entscheidung jedoch nicht weiterführend. Zu meinen u. a. an Arendt anknüpfenden Überlegungen siehe Martens 2014a, 99ff.

Es gilt freilich klar zu sehen, dass hier nur von Potentialen die Rede ist. Sie müssten innerhalb eines immer weiter voranschreitenden Prozesses entfaltet werden, den man – gegen die neue „gläubige Zuversicht“ (Safranski 1999,330) der Systemtheoretiker eher mit Arendt (2003 487), als losgelassenen „automatischen Verzehrungsprozess“ begreifen muss. Es gibt keine dialektische Logik, die die Potentiale quasi gesetzmäßig zu ihrem „Für sich Sein“ bringen könnte. Immanuel Wallersteins Einschätzung der Perspektiven der neuen sozialen Protestbewegungen der Jahre 2011ff ist deshalb zu Recht sehr verhalten.<sup>14</sup> Sozialwissenschaftliche Untersuchungen sollten ihr Augenmerk auf die neuen Potentiale der lebendigen Arbeit und neue Ansätze einer „primären Arbeitspolitik“ richten. Konzepte emanzipatorischer linker Politik, die den Bestrebungen einer „marktkonformen Auflösung von Politik“ entgegenwirken wollen, werden nur aussichtsreich sein, wenn sie die repräsentative Demokratie bewahrend überschreiten, gerade auch in ihrer eigenen Praxis, und so dazu beitragen, dem Demos Räume zum eigenen aktiven politischen Handeln zu eröffnen.

## Literatur:

- Abelshauer, W. (2009): Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker, Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn
- Arendt, H.(1967): Vita activa, oder vom tätigen Leben, München
- (1971) Lying in Politics, in: New York Review of Books, 18. 11. 1971, Nachdruck in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 3/2004, S. 3-18
  - (1974): Über die Revolution, München-Zürich
  - (2003): Denktagebuch (hgg. von U. Ludz und I. Normdmann), Zürich
- Althusser, L. (2010): Ideologie und ideologische Staatsapparate. Gesammelte Schriften. Herausgegeben von Frieder Otto Wolf, Hamburg
- Balibar, E. (2008): Die philosophischen Grundlagen des Wohlfahrtsstaats. Von der Kritik der Menschenrechte zu der Kritik der sozialen Rechte, in: Lindner, U.; Nowak, J.; Paust-Lassen, P. (hg.): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit. Frieder Otto Wolf zum 65. Geburtstag
- Busse, C. (2011): „Ich bin doch in der Rolle des Narren hier“. Der Literaturwissenschaftler Joseph Vogl hat einen überraschenden Bestseller zur Wirtschaftskrise geschrieben – seine Meinung ist jetzt gefragt, SZ 19./20. 11. 2011
- Castel. R. (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit
- Enzensberger, H. M. (2011): Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas, Berlin
- Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.) (2012): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg
- Grimm, D. (2014):Die Stärke der EU liegt in einer klugen Begrenzung, in: FAZ 11.08. 2014
- Habermas, J. „Hannah Arendt“ (1971), in: ders., Philosophisch-politische Profile, erweiterte Ausgabe, Frankfurt/Main-Wien 1987, 223-248.
- (2014): Warum der Ausbau der Europäischen Union zu einer supranationalen Demokratie nötig und wie er möglich ist, in: Leviathan 4/2014, 525-538
  - (2015): Sand im Getriebe. Nicht Banken, sondern Bürger müssen über Europa entscheiden, in SZ 23. 06. 2015
- Hajek, F. A. (1975): Die Anmaßung des Wissens, in: ORDO, Band 26, S. 12-21

<sup>14</sup> Wallerstein (2014, 621) spricht von einer vielleicht fünfzig-prozentigen Chance auf einen „*möglichen* Fortschritt“ in Gestalt *relativ* egalitärer und *relativ* demokratischer Verhältnisse.

- Krugman, P (2012): Vergesst die Krise! Warum wir jetzt Geld ausgeben müssen, Frankfurt/New York
- Lehndorff, S. (2012): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt – Zehn Länderfallstudien, Hamburg
- Martens, H. (2006): Kritik des Neoliberalismus – Zusammenhänge zwischen Ideologiekritik und Kritik der veränderten Realitäten, in: Scholz, D. u.a. (2006): Turnaround.? Strategien für eine Neue Politik der Arbeit, Münster
- (2010) Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
  - (2014): Politische Subjektivierung und neues zivilisatorisches Modell. Plessner, Elias, Arendt, Rancière und Foucault zusammen- und weiterdenken, Münster
  - (2015a): Europakrise und neuer Protestzyklus – Impuls auch zur Erneuerung der Gewerkschaften?
  - (2015b) Zwischen Elitenherrschaft und radikaler Demokratie. Die Krise des demokratischen Projekts der Moderne im Licht der Analysen von Helmut Plessner und Hannah Arendt, [www.drhelmutmartens.de](http://www.drhelmutmartens.de)
- Merkel, A. (2013): Rede der Bundeskanzlerin Merkel beim Jahrestreffen 2013 des World Economic Forum, [www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2013/01/2013-01-24-merkel-davos](http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2013/01/2013-01-24-merkel-davos)
- Müller-Plantenberg, U. (2003): Die schwarze Utopie der Chicago Boys. Chile als Beispiel für Theorie und Praxis des Neoliberalismus, in: Loccum Initiative: Kritische Interventionen 8. Mut zur konkreten Utopie. Alternativen zur herrschenden Ökonomie, Hannover
- Negt, O.; Kluge, A. (1972): Öffentlichkeit und Erfahrung, Frankfurt am Main
- (1981): Geschichte und Eigensinn, Frankfurt am Main
- Oertzen., P. v. (1984): Für einen neuen Reformismus, Hamburg
- Peters, K. (2006): Anmerkungen zu den „Spandauer Thesen“, in: Scholz, D. u. a. (a. a. O.), S. 307-311
- Plessner, H.(1981/62): Die Emanzipation der Macht, , in: Gesammelte Schriften V, S.259-282
- PROKLA-Redaktion (2014); Editorial: Globale Proteste zwischen Organisation und Bewegung, in: PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S.466-474
- Ptak, RT. (2006): Der „Epochenbruch“ im Kontext des neoliberalen Projekts, in Scholz u.a. 2006) (a. a. O) S. 210-227
- Roth, R. (2012): Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 1/2012, S. 21-31
- Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main
- Safranski (1999): Das Böse oder das Drama der Freiheit, Frankfurt am Main
- Schirmacher, F. (2013): Ego – Spiel des Lebens, München
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Arbeit in der neuen Zeit – Regulierung der Ökonomie, Gestaltung der Technik,. Politik der Arbeit, Münster
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O., (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Münster
- Streeck, W. (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012, Berlin
- Vogl, J. (2010): Das Gespenst des Kapitals, Zürich
- Wallerstein, I. (2004): Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht, Hamburg
- (2010) Krise des kapitalistischen Systems – und was jetzt?, in: Wallerstein, I.; Müller, H. (2010): Systemkrise und was jetzt, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2010, S. 1-16
  - (2014): Vergangenheit und Zukunft der Globalen Linken, in: PROKLA, Heft 177, Jg: 2014, Nr. 2, S. 601-621
- Wolf, F. O. (2002): Radikale Philosophie, Münster

- Zinn, K. G. (1996): Zwanzig Jahre Wirtschaftskrise – Signal eines Epochenwandels? Über Arbeitslosigkeit, Bewältigungsrhetorik und den Glauben an einfache Rezepte, in: ARBEIT, Heft 3, 1996, S. 298-317
- (2007): Politische Kultur und beschäftigungspolitische Alternativen. Plädoyer für einen qualitativen Keynesianismus, in: Peter, G. (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg, S. 48-76